Bundesgesetz *Vorentwurf*
**über die Sammlungen des Bundesrechts
und das Bundesblatt**
(Publikationsgesetz, PublG)

Änderung vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,
beschliesst:

I

Das Publikationsgesetz vom 18. Juni 2004² wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1 Bst. c und 2 (neu)

¹ Dieses Gesetz regelt die Veröffentlichung:

- c. von anderen Texten mit einem engen Zusammenhang zur Gesetzgebung, insbesondere von:
 - 1. in der AS nur durch Verweis veröffentlichten Texten,
 - 2. Vernehmlassungs- und Anhörungsunterlagen.

² Es sieht eine online zugängliche Plattform vor, die der Veröffentlichung dient (Publikationsplattform).

Art. 3 Sachüberschrift (betrifft nur den französischen Text) sowie Abs. 1 und 3

¹ Soweit sie für die Schweiz verbindlich sind, werden in der AS veröffentlicht:

- a. die völkerrechtlichen Verträge und Beschlüsse des internationalen Rechts, die dem Referendum nach den Artikeln 140 Absatz 1 Buchstabe b und 141 Absatz 1 Buchstabe d BV unterstehen;
- b. die übrigen völkerrechtlichen Verträge und Beschlüsse des internationalen Rechts, die Recht setzen oder zur Rechtsetzung ermächtigen.

³ Der Bundesrat legt die Voraussetzungen fest, unter denen Verträge und Beschlüsse, deren Geltungsdauer sechs Monate nicht übersteigt, sowie solche von beschränkter Tragweite nicht in der AS veröffentlicht werden.

¹ BBl 2013 ...

² SR 170.512

Art. 4 Sachüberschrift und Bst. c (neu)

Verträge zwischen Bund und Kantonen sowie zwischen Kantonen

In der AS werden veröffentlicht:

- c. Verträge zwischen Kantonen, die vom Bund für allgemeinverbindlich erklärt wurden (Art. 48a BV).

Art. 5 Veröffentlichung durch Verweis

¹ Texte nach den Artikeln 2–4, die sich wegen ihres besonderen Charakters für die Veröffentlichung in der AS nicht eignen, werden dort nur mit Titel und Fundstelle auf die Publikationsplattform aufgenommen, namentlich wenn:

- a. sie nur einen kleinen Kreis von Personen betreffen;
- b. sie technischer Natur sind und sich nur an Fachleute wenden;
- c. sie in einem anderen Format veröffentlicht werden müssen; oder
- d. ein Bundesgesetz oder eine Verordnung der Bundesversammlung die Veröffentlichung ausserhalb der AS anordnet.

² Texte, die in einem andern in der Schweiz zugänglichen Publikationsorgan veröffentlicht sind, werden nur mit Titel, Fundstelle in diesem Organ oder Bezugsquelle in die AS aufgenommen.

³ Die Artikel 6–10 und 14 sind anwendbar.

Art. 6 Ausnahmen von der Publikationspflicht

¹ Erlasse des Bundes sowie völkerrechtliche Verträge und Beschlüsse des internationalen Rechts, die zur Wahrung der inneren oder äusseren Sicherheit der Schweiz oder aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen der Schweiz geheim gehalten werden müssen, werden in der AS nicht veröffentlicht.

² Sie verpflichten nur jene Personen, denen sie bekannt gegeben werden.

Art. 7 Ordentliche und ausserordentliche Veröffentlichung

¹ Die Texte nach den Artikeln 2–4 werden mindestens fünf Tage vor dem Inkrafttreten in der AS veröffentlicht.

² Verträge und Beschlüsse nach den Artikeln 3 und 4, deren Inkrafttreten zum Zeitpunkt der Genehmigung noch nicht bekannt ist, werden unmittelbar nach dem Bekanntwerden ihres Inkrafttretens veröffentlicht.

³ Ein Text wird ausnahmsweise spätestens am Tag des Inkrafttretens veröffentlicht (dringliche ordentliche Veröffentlichung), wenn dies zur Sicherstellung der Wirkung erforderlich ist.

⁴ Ist die Publikationsplattform nicht zugänglich, so werden die Texte mit anderen Mitteln veröffentlicht (ausserordentliche Veröffentlichung).

Art. 9

Aufgehoben

Art. 10 Formelle Berichtigungen

¹ Die Bundeskanzlei berichtigt in der AS sinnverändernde Fehler und Formulierungen, die nicht dem Beschluss der erlassenden Behörde entsprechen:

- a. in Erlassen des Bundes, mit Ausnahme der Erlasse der Bundesversammlung: in eigener Verantwortung;
- b. in völkerrechtlichen Verträgen und Beschlüssen des internationalen Rechts: im Einvernehmen mit den Vertragspartnern.

² Sinnverändernde Fehler in Erlassen der Bundesversammlung, die bei der Veröffentlichung entstanden sind, berichtigt sie im Einvernehmen mit der parlamentarischen Redaktionskommission in der AS. Für die Berichtigung anderer Fehler in Erlassen der Bundesversammlung gilt Artikel 58 des Parlamentsgesetzes vom 13. Dezember 2002³.

Art. 11 Inhalt

Die SR ist eine bereinigte, nach Sachgebieten geordnete und laufend nachgeführte Sammlung:

- a. der in der AS veröffentlichten Texte, mit Ausnahme der nicht rechtsetzenden Bundesbeschlüsse über die Genehmigung völkerrechtlicher Verträge; und
- b. der Kantonsverfassungen.

Art. 12 Abs. 3

Aufgehoben

Art. 13 Abs. 1 Bst. c und f^{bis} (neu) sowie 2

¹ Im Bundesblatt werden veröffentlicht:

- c. *Aufgehoben*
- f^{bis}. Verwaltungsverordnungen des Bundesrates;

² Im Bundesblatt können ferner veröffentlicht werden:

- a. Berichte, Stellungnahmen oder Vereinbarungen des Bundesrates oder der eidgenössischen Gerichte, andere als die in Absatz 1 Buchstabe b genannten Berichte von Kommissionen der Bundesversammlung;
- b. Beschlüsse, Weisungen und Mitteilungen des Bundesrates, der Bundesverwaltung sowie von Organisationen und Personen des öffentlichen oder des privaten Rechts, die mit Verwaltungsaufgaben betraut sind, jedoch nicht der Bundesverwaltung angehören.

³ SR 171.10

Gliederungstitel vor Art. 13a

4a. Abschnitt: Weitere Inhalte der Publikationsplattform (neu)

Art. 13a (neu)

¹ Auf der Publikationsplattform werden des Weiteren veröffentlicht:

- a. die Texte nach Artikel 5 Absatz 1 und 13 Absatz 3;
- b. die Unterlagen zu Vernehmlassungen und Anhörungen im Sinne des Vernehmlassungsgesetzes vom 18. März 2005⁴;
- c. vergangene Fassungen des Bundesrechts.

² Der Bundesrat kann die Veröffentlichung weiterer Texte auf der Publikationsplattform vorsehen.

Art. 14 Abs. 2 Einleitungssatz und 4 (neu)

² Der Bundesrat kann bestimmen, dass Texte nach Artikel 13a nicht in allen drei Amtssprachen veröffentlicht oder nicht in die Amtssprachen übersetzt werden, wenn:

⁴ Für die Übersetzung der Unterlagen zu Vernehmlassungen und Anhörungen gilt die Gesetzgebung über das Vernehmlassungsverfahren⁵.

Art. 16 Elektronische und gedruckte Fassungen

¹ Die Texte werden in erster Linie auf der Publikationsplattform veröffentlicht.

² Auf Verlangen werden Texte gedruckt abgegeben.

³ Der Bundesrat legt fest, ob und zu welchen Bedingungen periodische Ausgaben der Inhalte der Publikationsplattform in gedruckter oder elektronischer Form erstellt und vertrieben werden.

Art. 16a (neu) Massgebende Fassung

¹ Für Erlasse des Bundes, Verträge zwischen Bund und Kantonen sowie Verträge zwischen Kantonen ist die in der AS veröffentlichte Fassung massgebend. Wird ein Text durch Verweis veröffentlicht, so ist die Fassung massgebend, auf die verwiesen wird.

² Welche Fassung von völkerrechtlichen Verträgen und Beschlüssen des internationalen Rechts massgebend ist, richtet sich nach deren Bestimmungen.

³ Die auf der Publikationsplattform veröffentlichte Fassung ist massgebend.

⁴ SR 172.061

⁵ SR 172.061, 172.061.1

Art. 16b (neu) Schutz der elektronischen Veröffentlichungen

Der Bundesrat legt die notwendigen Massnahmen fest, um die Authentizität und Integrität der elektronisch veröffentlichten Texte zu gewährleisten.

Art. 16c (neu) Datenschutz

¹ Veröffentlichungen nach diesem Gesetz können Personendaten, insbesondere auch besonders schützenswerte Personendaten nach Artikel 3 Buchstabe c und Persönlichkeitsprofile nach Artikel 3 Buchstabe d des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁶ über den Datenschutz, enthalten, soweit dies für eine in einem Gesetz vorgesehene Veröffentlichung notwendig ist.

² Der Bundesrat legt die notwendigen Massnahmen fest, um bei der elektronischen Veröffentlichung den Schutz von besonders schützenswerten Personendaten sicherzustellen.

Art. 17

Aufgehoben

Art. 18 Einsichtnahme

Bei der Bundeskanzlei und bei den von den Kantonen bezeichneten Stellen können eingesehen werden:

- a. die Inhalte der Publikationsplattform; und
- b. die durch ausserordentliche Publikation veröffentlichten Erlasse, die noch nicht in die AS aufgenommen worden sind (Art. 7 Abs. 4).

Art. 19 Gebühren

¹ Die Konsultation der Publikationsplattform des Bundes und der Texte nach Art. 5 Abs. 2 sowie die Einsichtnahme im Sinne von Art. 18 sind unentgeltlich.

² Der Bundesrat regelt die Gebühren für die Abgabe der Veröffentlichungen nach diesem Gesetz.

³ Er kann für Drittanbieter besondere Bedingungen, insbesondere Auflagen für die Verwertung von Daten vorsehen.

Einfügen nach dem Gliederungstitel des 6. Abschnitts

Art. 19a (neu) Vollzug

¹ Die Bundeskanzlei führt die Publikationsplattform.

² Sie erfüllt die weiteren Aufgaben nach diesem Gesetz, soweit nicht andere Verwaltungseinheiten zuständig sind.

⁶ SR 235.1

II

Die Änderung bisherigen Rechts wird im Anhang geregelt:

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Änderung bisherigen Rechts

Die nachstehenden Bundesgesetze werden wie folgt geändert:

1. Parlamentsgesetz vom 13. Dezember 2002⁷

Art. 58 Abs. 4 (neu)

⁴ Für die Berichtigung von sinnverändernden Fehlern, die bei der Veröffentlichung entstanden sind, und von nicht sinnverändernden Fehlern gelten die Artikel 10 und 12 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004⁸.

2. Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997⁹

Art. 48a Abs. 2

² Er erstattet der Bundesversammlung jährlich Bericht über die von ihm, von den Departementen, Gruppen oder Bundesämtern abgeschlossenen Verträge. Über Verträge die aufgrund von Artikel 6 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004¹⁰ nicht veröffentlicht werden, erhält nur die Geschäftsprüfungsdelegation Kenntnis.

3. Bundesgesetz vom 28. September 1956¹¹ über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen

Art. 14 Abs. 1

¹ Die Allgemeinverbindlicherklärung ist mit den allgemein verbindlichen Bestimmungen in den Amtssprachen des betreffenden Gebiets zu veröffentlichen. Die Allgemeinverbindlicherklärungen des Bundes werden im Bundesblatt und diejenigen der Kantone im kantonalen Amtsblatt veröffentlicht; diese Veröffentlichungen sind im Schweizerischen Handelsamtsblatt anzuzeigen.

⁷ SR 171.10

⁸ SR 170.512

⁹ SR 172.010

¹⁰ SR 170.512

¹¹ SR 221.215.311

4. Militärstrafprozess¹²

Art. 125a (neu) Öffentliche Bekanntmachung

¹ Die Zustellung der Vorladung erfolgt durch Veröffentlichung in dem durch den Bund oder den Kanton bezeichneten Amtsblatt, wenn:

- a. der Aufenthaltsort des Angeklagten unbekannt ist und trotz zumutbarer Nachforschungen nicht ermittelt werden kann;
- b. eine Zustellung unmöglich ist oder mit ausserordentlichen Umtrieben verbunden wäre;
- c. der Angeklagte oder sein Rechtsbeistand mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthaltsort im Ausland kein Zustellungsdomizil in der Schweiz bezeichnet hat.

² Die Zustellung gilt am Tag der Veröffentlichung als erfolgt.

Art. 154 Abs. 3 (neu)

³ Für die öffentliche Bekanntmachung des Urteils gilt Artikel 125a sinngemäss.

5. Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002¹³

Art. 19 Abs. 4

Aufgehoben

6. Sprachengesetz vom 5. Oktober 2007¹⁴

Art. 10 Abs. 1

¹ Die Erlasse des Bundes und andere Texte, die nach dem Publikationsgesetz vom 18. Juni 2004¹⁵ oder aufgrund anderer Bestimmungen des Bundesrechts in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts oder im Bundesblatt zu veröffentlichen sind, werden in Deutsch, Französisch und Italienisch veröffentlicht, soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht.

7. Bundesgesetz vom 24. März 2006¹⁶ über Radio und Fernsehen

Art. 8 Abs. 1 Bst. b

¹ Schweizerische Programmveranstalter müssen:

¹² SR 322.1

¹³ SR 412.10

¹⁴ SR 441.1

¹⁵ SR 170.512

¹⁶ SR 784.40

- b. die Öffentlichkeit über Erlasse des Bundes informieren, die nach Artikel 7 Absatz 4 des Publikationsgesetzes vom 18. Juni 2004¹⁷ durch ausserordentliche Veröffentlichung bekannt gemacht werden.

¹⁷ SR **170.512**